

Sendesperrfrist:

12. November 2019, 10 Uhr.

Pressemitteilung

12. November 2019

Bauwirtschaft begrüßt Infrastrukturinvestitionen.

- **Mit Einrichtung der Autobahn-GmbH sind ÖPP obsolet.**

„Die Autobahn GmbH muss grundsätzlich in Fach- und Teillosen vergeben; sie muss sich – wie alle öffentlichen Auftraggeber – an die VOB halten. Und sie muss die kompletten Ausschreibungsbedingungen, die der Bund auch bisher vorgelegt hatte, übernehmen. Nur so ist gewährleistet, dass 2021 bestehende Baustellen reibungslos fortgeführt und neue entsprechend begonnen werden können.“ Diese Forderung erhob Marcus Nachbauer, Vorsitzender der Bundesvereinigung Bauwirtschaft, anlässlich der Pressekonferenz seines Verbands heute in Berlin.

Bis zum Jahr 2023 sollen die Investitionen des Bundes in die Infrastruktur auf über 17 Mrd. €, hochgefahren werden, nach gut 14 Mrd. € in 2018. Die Steigerung ist angesichts vorhandener Defizite dringend geboten. Die Bauwirtschaft hatte daher die Einrichtung der Autobahn-GmbH auch grundsätzlich begrüßt. Denn damit liegt die Verantwortung für eine einheitliche Weiterentwicklung des Autobahnnetzes zukünftig allein in der Hand der Autobahn GmbH.

„Durch die Gründung der Autobahngesellschaft sind ÖPP-Projekte in allen Varianten obsolet geworden. Denn dass ÖPP-Projekte teurer als herkömmliche Vergaben sind, zeigen die immer öfter auftretenden Nachforderungen der Konsortien gegenüber der öffentlichen Hand. Ein fairer Wettbewerb auf der Anbieterseite ist nicht nur in unserem Interesse als mittelständische Bauunternehmer, sondern insbesondere auch im Interesse der Steuerzahler,“ so Nachbauer.

Auch die Deutsche Bahn wird Investitionen in den Ausbau und den Erhalt der Netze in hohem Maße tätigen, die ebenfalls aus Bundesmitteln stammen. Immerhin stehen ihr in den kommenden zehn Jahren knapp 160 Mrd. Euro zur Verfügung.

Dazu wird die DB AG den baugewerblichen Mittelstand einbeziehen müssen. „Auch die Bahn muss die VOB als Grundlage für ihre Ausschreibungen nehmen,“ so die Forderung Nachbauers. „Wer Häuser und Wohnungen bauen kann, der kann auch Bahnhöfe sanieren; wer Straßen bauen kann, der kann auch Park&Ride-Plätze anlegen und Zufahrten ausbauen. Sprich: An der mittelständischen Bauwirtschaft führt in diesem Zusammenhang kein Weg vorbei.“



Weiterhin sind Milliarden Euro für den Ausbau des Breitbandnetzes in Aussicht gestellt. Dafür stehen derzeit rund 20 Mrd. Euro zur Verfügung, die aber nicht reichen werden. Der Netzatlas Digitales Deutschland geht von 70 Mrd. Euro aus.

„Das heißt: Die öffentlichen Investitionen können in Teilen das ausgleichen, was im Wohnungsbau und im Wirtschaftsbau weniger investiert werden wird. Daher blicken wir voller Zuversicht nach vorne,“ so Nachbauer abschließend.